



Niederschrift

16. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Klima, Umwelt und Mobilität

Sitzungstermin: Donnerstag, 25.02.2021
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 20:59 Uhr
Ort, Raum: Treffpunkt Freizeit, Am Neuen Garten 64, 14469 Potsdam

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Andreas Walter	Bündnis 90/Die Grünen	Leitung der Sitzung
---------------------	--------------------------	---------------------

Ausschussmitglieder

Frau Tina Lange	DIE LINKE
Herr Leon Troche	SPD
Herr Michél Berlin	DIE LINKE
Herr Christian Raschke	DIE aNDERE
Herr Sebastian Olbrich	AfD

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Pete Heuer	SPD
Herr Jens Dörschel	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Clemens Viehrig	CDU

sachkundige Einwohner

Frau Dr. Sophie Haebel	Bündnis 90/Die Grünen	ab 18:06
Herr Jan Kuppert	DIE aNDERE	
Frau Elke Lentz	SPD	
Herr Norbert Wilke	DIE LINKE	

Beigeordnete

Herr Bernd Rubelt	Geschäftsbereich 4
-------------------	--------------------

Vertreter der Beiräte

Herr Frank Spade	Seniorenbeirat
------------------	----------------

Frau Heike Thiel	Beirat für Menschen mit Behinderungen	
Herr Viktor Kalitke	Migrantenbeirat	bis 20:12 Uhr

Vertreter Fridays For Future

Frau Anna Ducksch	FFF
-------------------	-----

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Uwe Adler	SPD	entschuldigt
Herr Fabian Twerdy	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt
Herr Matthias Finken	CDU	entschuldigt

zusätzliches Mitglied

Herr Björn Teuteberg	Freie Demokratische Partei	entschuldigt
Frau Dr.med. Carmen Klockow	Bürgerbündnis	entschuldigt

sachkundige Einwohner

Herr Maximilian Adams	CDU	entschuldigt
Herr Dr. Matthias Kretschmer	Freie Demokraten	entschuldigt
Herr Klaus Rietz	BürgerBündnis	entschuldigt

Gäste

Frau Viola Holtkamp	(Bereich Verbindliche Bauleitplanung) zu TOP 3.1, 3.2, 3.6
Frau Karin Grochowski	(Fachbereich Ordnung und Sicherheit) zu TOP 3.7, 3.14, 3.18
Herr Ralf Krawinkel	(Fachbereich Feuerwehr) zu TOP 3.34
Herr Norman Niehoff	(Bereich Verkehrsentwicklung) zu TOP 3.5, 3.12, 3.15, 3.21, 3.24, 3.28, 3.29, 3.30, 3.31
Herr Thomas Schenke	(Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur) zu TOP 3.5, 3.9, 3.10, 3.11, 3.12, 3.13, 3.15, 3.16, 3.18, 3.19, 3.20, 3.21, 3.22, 3.23, 3.24, 3.25, 3.28, 3.29, 3.30, 3.31, 3.35
Frau Cordine Lippert	(Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen) zu TOP 3.8, 3.17, 3.26, 3.27

Schriftführer/in:

Frau Franziska Anhoff GB Stadtentwicklung,Bauen,Wirtschaft,Umwelt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 19.11.2020 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 3.1 Bebauungsplan Nr. 132 "Am Friedhof" (OT Fahrland), Abwägungs- und
Satzungsbeschluss
Vorlage: 20/SVV/1187
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung
KUM, SBWL, OBR Fahrland
 - 3.2 Förderung von Prozessen der Bauleitplanung
Vorlage: 20/SVV/1267
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung
HA, SBWL, KUM, alle Ortsbeiräte
 - 3.3 Bebauungsplan Nr. 171 "Michendorfer Chaussee (Am Schießplatz)",
Aufstellungsbeschluss
Vorlage: 20/SVV/1335
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung
KUM, SBWL
 - 3.4 Bebauungsplan Nr. 170 "Klinik Bayrisches Haus" Aufstellungsbeschluss
Vorlage: 20/SVV/1336
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung
KUM, SBWL
 - 3.5 Änderung der Stellplatzsatzung
Vorlage: 19/SVV/1091
Einreicher: Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen
(Wiedervorlage)
 - 3.6 Erarbeitung einer Vorgartensatzung
Vorlage: 20/SVV/1122
Einreicher: Fraktion DIE aNDERE
SBWL
(Wiedervorlage)
 - 3.7 Bioabfallvergärungsanlage
Vorlage: 20/SVV/1137
Einreicher: Fraktionen DIE LINKE und Bündnis90/Die Grünen
HA
(Wiedervorlage)
 - 3.8 Sonnenschutz für Fußgänger an zentralen Plätzen
Vorlage: 20/SVV/1141
Einreicher: Fraktion DIE LINKE
SBWL
 - 3.9 Provisorischer Uferweg Speicherstadt

- Vorlage: 20/SVV/1143
Einreicher: Fraktion DIE LINKE
- 3.10 Einrichten von Rechtsabbiegen an roten Ampeln mittels eines Grünpfeilschildes für Fahrradfahrer
Vorlage: 20/SVV/1173
Einreicher: Fraktion CDU
- 3.11 Ampelanlage für sehingeschränkte und blinde Menschen am bestehenden Straßenübergang Behlertstraße.
Vorlage: 20/SVV/1175
Einreicher: Fraktion CDU
KUM, GSWI
- 3.12 Ausbau der Fahrradständer in Babelsberg
Vorlage: 20/SVV/1183
Einreicher: Fraktionen DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/Die Grünen
- 3.13 Verkehrssicherheit Georg-Hermann-Allee
Vorlage: 20/SVV/1206
Einreicher: Fraktion DIE aNDERE
- 3.14 Einrichtung einer Fahrradstaffel des Ordnungsamtes
Vorlage: 20/SVV/1216
Einreicher: Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke OS, FA
- 3.15 Werkstattverfahren "Autofreie Innenstadt"
Vorlage: 20/SVV/1268
Einreicher: Fraktion Freie Demokraten
- 3.16 Sanierung Gehweg Amundsenstraße
Vorlage: 20/SVV/1275
Einreicher: Fraktion SPD
SBWL
- 3.17 Mängel an der Skateanlage Caputher Heuweg beheben
Vorlage: 20/SVV/1276
Einreicher: Fraktionen DIE LINKE und SPD
B/Sp., JHA
- 3.18 Abstellen von Autos in Kreuzungsbereichen, Einmündungen und vor Bordsteinabsenkungen verhindern
Vorlage: 20/SVV/1277
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
OS
- 3.19 Wiederherstellung der Sichtbeziehungen an der Neustädter Havelbucht
Vorlage: 20/SVV/1281
Einreicher: Fraktion CDU
SBWL
- 3.20 Verkehrssicherheit in der Innenstadt erhöhen
Vorlage: 20/SVV/1284
Einreicher: Fraktion Freie Demokraten
- 3.21 Fahrradparkhäuser an P&R-Parkplätzen
Vorlage: 20/SVV/1286
Einreicher: Fraktion Freie Demokraten
SBWL
- 3.22 Kreuzungsbereiche sicherer gestalten - Phänomen "Toter Winkel"

- Vorlage: 20/SVV/1287
Einreicher: Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE
- 3.23 Auswirkungen des wachsenden Nordens im Hinblick auf Grundwasserverbrauch, deren Reserven und dem stetig wachsenden Verkehr analysieren
Vorlage: 20/SVV/1345
Einreicher: Ortsbeirat Grube
- 3.24 Verlegung der Buslinien 696 und 699 zur besseren Anbindung von Drewitz und Kirchsteigfeld
Vorlage: 20/SVV/1361
Einreicher: Fraktion CDU
- 3.25 Verkehrssicherheit an Haltestellen
Vorlage: 20/SVV/1407
Einreicher: Fraktion Freie Demokraten
- 3.26 Prüfergebnisse November 2020 zum Beschluss "Potsdam erklärt den Klimanotstand"
Vorlage: 20/SVV/1191
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen (Mitteilungsvorlage)
- 3.27 Klimanotstand - 2. Aktionsplan zum Masterplan 100% Klimaschutz bis 2050
Vorlage: 20/SVV/1266
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen (Mitteilungsvorlage)
- 3.28 Maßnahmen zur Luftreinhaltung in der Zeppelinstraße
Vorlage: 20/SVV/1260
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur (Mitteilungsvorlage)
- 3.29 Bessere ÖPNV-Anbindung für die Schiffbauergasse
Vorlage: 20/SVV/1293
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur (Mitteilungsvorlage)
- 3.30 Fähre 1 Kiewitt - Hermannswerder
Vorlage: 20/SVV/1294
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur (Mitteilungsvorlage)
- 3.31 Radfahrer/innen schützen in der R.-Breitscheid-Straße
Vorlage: 20/SVV/1295
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur (Mitteilungsvorlage)
- 3.32 Bürgerhaushalt 2015/16 - Rechenschaftsbericht
Vorlage: 20/SVV/1393
Einreicher: Oberbürgermeister, Steuerungsunterstützung (Mitteilungsvorlage)
- 3.33 Bürgerhaushalt 2017 - Rechenschaftsbericht
Vorlage: 20/SVV/1394
Einreicher: Oberbürgermeister, Steuerungsunterstützung

- (Mitteilungsvorlage)
- 3.34 Freie Fahrt im ÖPNV für die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr
Vorlage: 20/SVV/1445
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Feuerwehr
(Mitteilungsvorlage)
- 3.35 Prioritäten für Bahnunterführungen
Vorlage: 20/SVV/1446
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische
Infrastruktur
(Mitteilungsvorlage)
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
(Ausreichung erfolgt schriftlich)
- 4.1 Berichterstattung zur Durchquerung des Quartiers zwischen Kirschallee und
Habichtweg
(gem. Beschluss zur DS 19/SVV/0912)
Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur
- 4.2 Berichterstattung (Zwischenbericht) zum Schutz des Fahrländer Sees
(gem. Beschluss zur DS 20/SVV/0828)
Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen
- 4.3 Berichterstattung zur Entlastung des Verkehrs durch die Nutzung von
Wasserwegen
(gem. Beschluss 29/SVV/0835)
Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur
- 4.4 Berichterstattung zur Ladeinfrastruktur für E-Autos in der Landeshauptstadt
Potsdam
(gem. Beschluss zur DS 20/SVV/1019)
Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur
- 4.5 Berichterstattung zu Temporäre Spielstraßen einrichten
(gem. Beschluss zur DS 20/SVV/0863)
Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur
- 5 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Walter, begrüßt die Mitglieder und eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 19.11.2020 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit

mit 9 von 9 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Es ergeht folgender Hinweis zur Sitzung: Aufgrund der anhaltenden Pandemielage wird vorgeschlagen, diese Sitzung auf drei Stunden Sitzungszeit zu begrenzen. Die Sitzung endet demnach um 21 Uhr. Nicht behandelte Tagesordnungspunkte werden in die nächste Ausschusssitzung vertagt.

Gegen dieses Vorgehen gibt es keine Einwände.

Der Vorsitzende schlägt den Mitgliedern weiter vor, am 25.3.2021 eine zusätzliche Sitzung des Ausschusses für Klima, Umwelt und Mobilität abzuhalten, um den bestehenden Rückstand aufgrund der Pandemiebedingten Sitzungsausfälle aufzuholen.

Gegen diesen Vorschlag gibt es keine Einwände

Zur öffentlichen Niederschrift der Sitzung vom 19.11.2020 gibt es keine Hinweise. Sie wird mit 6:0:3 bestätigt.

Zur Tagesordnung ergehen folgende Hinweise:

- Die Tagesordnungspunkte 3.3 und 3.4 sind zwischenzeitlich durch Beschluss Stadtverordnetenversammlung vom 18.2.2021 erledigt.

Dies sind:

- Bebauungsplan Nr. 171 "Michendorfer Chaussee (Am Schießplatz)", Aufstellungsbeschluss (**20/SVV/1335**)
- Bebauungsplan Nr. 170 "Klinik Bayrisches Haus" Aufstellungsbeschluss (**20/SVV/1336**)
- Die unter Tagesordnungspunkt 4 geführten Mitteilungen der Verwaltung werden schriftlich per Mail ausgereicht. Sie gingen den Mitgliedern am 24.2.2021 zu. Sie werden im Nachgang zur Sitzung der Niederschrift als Anlagen beigefügt.

Die geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Anträge auf Rederecht liegen nicht vor.

zu 3 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

zu 3.1 **Bebauungsplan Nr. 132 "Am Friedhof" (OT Fahrland), Abwägungs- und Satzungsbeschluss**

Vorlage: 20/SVV/1187

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung
KUM, SBWL, OBR Fahrland

Frau Holtkamp (Bereich Verbindliche Bauleitplanung) bringt die Vorlage ein. Die Präsentation liegt dieser Niederschrift als Anlage bei.

Der Vorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

1. Im Rahmen der Abwägung nach § 1 Abs. 7 BauGB wird über die Stellungnahmen der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zum Bebauungsplan Nr. 132 "Am Friedhof" (OT Fahrland) entschieden (gemäß Anlagen 3A, 3B, 4A, 4B, 5A, 5B, 6A und 6B).
2. Der Bebauungsplan Nr. 132 "Am Friedhof" (OT Fahrland) wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen, die dazugehörige Begründung wird gebilligt (siehe Anlagen 7 und 8).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmhaltung:	1

zu 3.2 Förderung von Prozessen der Bauleitplanung

Vorlage: 20/SVV/1267

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung
HA, SBWL, KUM, alle Ortsbeiräte

Frau Holtkamp (Bereich Verbindliche Bauleitplanung) bringt die Vorlage ein und erläutert das geplante Vorgehen anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Sie informiert über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raums vom 19.1.2021, der sich in dem Votum des Ausschusses in Ziffer 2 wiederfindet:

2. „Vor Durchführung des jeweiligen Verfahrensschritts zur Aufstellung eines Bauleitplans oder zur Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (2) bzw. § 4a (3) BauGB ist dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes eine schriftliche Information über die konkrete Planung zur Herbeiführung eines entsprechenden Votums vorzulegen (zu den Inhalten dieser schriftlichen Information und den dazugehörigen Abläufen s. Begründung).

Vor der Aufstellung eines Bauleitplans, mit der Auswertung der frühzeitigen Beteiligungsverfahren sowie vor der erneuten Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 4a (3) BauGB ist dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes eine schriftliche Information über die konkrete Planung bzw. die Auswirkungen der Beteiligungen zur Herbeiführung eines entsprechenden Votums vorzulegen (zu den Inhalten dieser schriftlichen Information und den dazugehörigen Abläufen s. Begründung).“

Herr Rubelt bekräftigt die Vorlage als Instrument künftiger Beschleunigung von

Prozessen der Bauleitplanung und betont, dass mit diesem Vorgehen den Stadtverordneten keinerlei Rechte entzogen werden. Er bittet um ein positives Votum.

Frau Lange bringt den Ergänzungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 19.1.2021 ein.

„Die Neureglung des Verwaltungsablaufs und die damit verbundene neue Regelsituation für die politischen Beratungsprozesse und Beteiligung der Stadtverordnetenversammlung in die Beschlussfassung zur Bauleitplanung soll nach 2 Jahren evaluiert werden. Im SBWL ist entsprechend zu berichten.“

Frau Lange bringt einen weiteren Ergänzungsantrag der Fraktion DIE LINKE (vom 18.2.2021) ein.

„Der Antragstext der DS 20/SVV/1267 möge in Punkt 1 wie folgt ergänzt werden:

Zur Förderung von Prozessen der Bauleitplanung durch die Stadtverordnetenversammlung werden folgende Festlegungen getroffen:

1. In Planungsschritten, in denen nach den Verfahrensvorschriften des Baugesetzbuchs (BauGB) und der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) keine Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung erforderlich ist, wird im Regelfall keine Beschlussvorlage für die Stadtverordnetenversammlung erstellt, sondern es erfolgt eine Berichterstattung im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes. **Der Aufstellungsbeschluss ist davon ausgenommen. Zur Beschleunigung der Prozesse der Bauleitplanung soll statt der bisherigen Konsens-überweisung der Stadtverordnetenversammlung in den die Fachausschüsse SBWL und KUM regelhaft eine Vorabfassung in den entsprechenden Fachausschüssen vor Beschlussfassung durchgeführt werden.“**

Herr Raschke bringt den Änderungsantrag der Fraktion DIE aNDERE ein:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge die Ds 20/SVV/1267 in der folgenden Fassung beschließen:

Zur Förderung von Prozessen der Bauleitplanung durch die Stadtverordnetenversammlung werden folgende Festlegungen getroffen:

1. In Planungsschritten, in denen nach den Verfahrensvorschriften des Baugesetzbuchs (BauGB) und der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) keine Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung erforderlich ist, wird im Regelfall keine Beschlussvorlage für die Stadtverordnetenversammlung erstellt, sondern es erfolgt eine Berichterstattung im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes.
2. Vor Durchführung des jeweiligen Verfahrensschritts zur Aufstellung eines Bauleitplans oder zur Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (2) bzw. § 4a (3) BauGB ist dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft

und Entwicklung des ländlichen Raumes **sowie dem Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität** eine schriftliche Information über die konkrete Planung zur Herbeiführung eines entsprechenden Votums vorzulegen (zu den Inhalten dieser schriftlichen Information und den dazugehörigen Abläufen s. Begründung)

3. Wird zu einer konkreten Planung eine kontroverse inhaltliche Diskussion erwartet, ist jedoch weiterhin der Stadtverordnetenversammlung anhand von grundsätzlichen Planungsalternativen eine Beschlussvorlage zur Leitentscheidung zu unterbreiten. Diese Leitentscheidung soll nicht mit der Vorlage zu einem Auslegungsbeschluss kombiniert werden. Die Erwartung einer kontroversen inhaltlichen Diskussion wird auch dann angenommen, wenn mindestens drei stimmberechtigte Mitglieder des Ausschusses das feststellen.
4. Die Einbindung der jeweiligen Ortsbeiräte in Verfahren der Bauleitplanung soll durch Gelegenheit zur Stellungnahme zum Vorentwurf im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung intensiviert werden. Die Aufbereitung der Stellungnahme des jeweiligen Ortsbeirats soll Gegenstand der Beratung im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes im Rahmen der unter Position 2 dargestellten Vorgehensweise sein.
5. Die unter Position 2 bezeichnete schriftliche Information soll mit der anliegend beigefügten Vorlage erstellt werden, die Dokumentation des Willensbildungsprozesses soll mit dem hier ebenfalls enthaltenen Dokument im Ratsinformationssystem erfolgen (s. Anlage aktualisierte Fassung vom 9.2.2021).

Der Prozess der Neuregelung des Verwaltungsablaufs und die damit verbundene neue Regel-Situation für die politischen Beratungsprozesse und Beteiligung der Stadtverordnetenversammlung in die Beschlussfassung zur Bauleitplanung ist fortlaufend zu evaluieren.“

Herr Raschke regt außerdem an, um die Abläufe zu beschleunigen, die Einbringung von Vorlagen in der Stadtverordnetenversammlung einzusparen und damit direkt in die zuständigen Ausschüsse zu gehen.

Herr Rubelt geht auf den Vorschlag ein und erläutert, dass dieses Vorgehen im Land Brandenburg kommunalverfassungsrechtlich nicht möglich ist. Bei Vorlagen mit Konfliktpotential könne jederzeit der gewohnte Weg gegangen werden. Wohingegen man bei Vorlagen mit Konfliktfreiheit Zeit sparen kann, indem man das vorgeschlagene Vorgehen anwendet. Die vorgetragenen Änderungsanträge gingen an diesem Ziel vorbei.

Frau Holtkamp ergänzt für die Verwaltung, dass der Ergänzungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 19.1.2021 unterstützt werde, dem Ergänzungsantrag vom 18.2.2021 sollte hingegen nicht gefolgt werden.

Herr Heuer wie auch Herr Dörschel verweisen auf den Beschluss des Hauptausschusses vom 10.2.2021, der der Vorlage in der folgenden Fassung zugestimmt hat:

„Zur Förderung von Prozessen der Bauleitplanung durch die Stadtverordnetenversammlung werden folgende Festlegungen getroffen:

1. In Planungsschritten, in denen nach den Verfahrensvorschriften des Baugesetzbuchs (BauGB) und der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) keine Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung erforderlich ist, wird im Regelfall keine Beschlussvorlage für die Stadtverordnetenversammlung erstellt, sondern es erfolgt eine Berichterstattung im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes.
2. ~~Vor Durchführung des jeweiligen Verfahrensschritts zur Aufstellung eines Bauleitplans oder zur Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (2) bzw. § 4a (3) BauGB ist dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes eine schriftliche Information über die konkrete Planung zur Herbeiführung eines entsprechenden Votums vorzulegen (zu den Inhalten dieser schriftlichen Information und den dazugehörigen Abläufen s. Begründung).~~

Vor der Aufstellung eines Bauleitplans, mit der Auswertung der frühzeitigen Beteiligungsverfahren sowie vor der erneuten Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 4a (3) BauGB ist dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes eine schriftliche Information über die konkrete Planung bzw. die Auswirkungen der Beteiligungen zur Herbeiführung eines entsprechenden Votums vorzulegen (zu den Inhalten dieser schriftlichen Information und den dazugehörigen Abläufen s. Begründung).

3. Wird zu einer konkreten Planung eine kontroverse inhaltliche Diskussion erwartet, ist jedoch weiterhin der Stadtverordnetenversammlung anhand von grundsätzlichen Planungsalternativen eine Beschlussvorlage zur Leitentscheidung zu unterbreiten. Diese Leitentscheidung soll nicht mit der Vorlage zu einem Auslegungsbeschluss kombiniert werden.

Die Erwartung einer kontroversen inhaltlichen Diskussion wird auch dann angenommen, wenn mindestens drei stimmberechtigte Mitglieder des Ausschusses das feststellen.

4. Die Einbindung der jeweiligen Ortsbeiräte in Verfahren der Bauleitplanung soll durch Gelegenheit zur Stellungnahme zum Vorentwurf im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung intensiviert werden. Die Aufbereitung der Stellungnahme des jeweiligen Ortsbeirats soll Gegenstand der Beratung im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes im Rahmen der unter Position 2 dargestellten Vorgehensweise sein.
5. Die unter Position 2 bezeichnete schriftliche Information soll mit der anliegend beigefügten Vorlage erstellt werden, die Dokumentation des Willensbildungsprozesses soll mit dem hier ebenfalls enthaltenen Dokument im Ratsinformationssystem erfolgen (s. Anlage **aktualisierte Fassung vom 9.2.2021**).

Der Prozess der Neuregelung des Verwaltungsablaufs und die damit verbundene neue Regel-Situation für die politischen Beratungsprozesse und Beteiligung der Stadtverordnetenversammlung in die Beschlussfassung zur Bauleitplanung ist fortlaufend zu evaluieren.

Ein erster Zwischenbericht ist im SBWL-Ausschuss in 2 Jahren schriftlich

vorzulegen.“

Herr Wilke plädiert dafür, die Vorlage zu vertagen, um sich nochmals mit ihr auseinandersetzen zu können.

Der Vorsitzende stellt den Änderungsantrag der Fraktion DIE aNDERE zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis: mit 4:4:1 abgelehnt.

Der Vorsitzende stellt den Ergänzungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 18.2.2021 zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis: mit 4:4:1 abgelehnt.

Der Vorsitzende stellt die geänderte Vorlage (Fassung aus dem Hauptausschuss vom 10.2.2021) zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Zur Förderung von Prozessen der Bauleitplanung durch die Stadtverordnetenversammlung werden folgende Festlegungen getroffen:

1. In Planungsschritten, in denen nach den Verfahrensvorschriften des Baugesetzbuchs (BauGB) und der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) keine Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung erforderlich ist, wird im Regelfall keine Beschlussvorlage für die Stadtverordnetenversammlung erstellt, sondern es erfolgt eine Berichterstattung im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes.
2. ~~Vor Durchführung des jeweiligen Verfahrensschritts zur Aufstellung eines Bauleitplans oder zur Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (2) bzw. § 4a (3) BauGB ist dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes eine schriftliche Information über die konkrete Planung zur Herbeiführung eines entsprechenden Votums vorzulegen (zu den Inhalten dieser schriftlichen Information und den dazugehörigen Abläufen s. Begründung).~~

Vor der Aufstellung eines Bauleitplans, mit der Auswertung der frühzeitigen Beteiligungsverfahren sowie vor der erneuten Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 4a (3) BauGB ist dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes eine schriftliche Information über die konkrete Planung bzw. die Auswirkungen der Beteiligungen zur Herbeiführung eines entsprechenden Votums vorzulegen (zu den Inhalten dieser schriftlichen Information und den dazugehörigen Abläufen s. Begründung).

3. Wird zu einer konkreten Planung eine kontroverse inhaltliche Diskussion erwartet, ist jedoch weiterhin der Stadtverordnetenversammlung anhand von grundsätzlichen Planungsalternativen eine Beschlussvorlage zur Leitentscheidung zu unterbreiten. Diese Leitentscheidung soll nicht mit der Vorlage zu einem Auslegungsbeschluss kombiniert werden.

Die Erwartung einer kontroversen inhaltlichen Diskussion wird auch dann angenommen, wenn mindestens drei stimmberechtigte Mitglieder des Ausschusses das feststellen.

4. Die Einbindung der jeweiligen Ortsbeiräte in Verfahren der Bauleitplanung soll durch Gelegenheit zur Stellungnahme zum Vorentwurf im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung intensiviert werden. Die Aufbereitung der Stellungnahme des jeweiligen Ortsbeirats soll Gegenstand der Beratung im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes im Rahmen der unter Position 2 dargestellten Vorgehensweise sein.
5. Die unter Position 2 bezeichnete schriftliche Information soll mit der anliegend beigefügten Vorlage erstellt werden, die Dokumentation des Willensbildungsprozesses soll mit dem hier ebenfalls enthaltenen Dokument im Ratsinformationssystem erfolgen (s. Anlage **aktualisierte Fassung vom 9.2.2021**).

Der Prozess der Neuregelung des Verwaltungsablaufs und die damit verbundene neue Regel-Situation für die politischen Beratungsprozesse und Beteiligung der Stadtverordnetenversammlung in die Beschlussfassung zur Bauleitplanung ist fortlaufend zu evaluieren.

Ein erster Zwischenbericht ist im SBWL-Ausschuss in 2 Jahren schriftlich vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	2
Stimmenthaltung:	1

(Anmerkung der Protokollantin:

Die Abstimmung des Ergänzungsantrages der Fraktion DIE LINKE vom 19.1.2021 erübrigt sich, da er in der Fassung des Hauptausschusses aufgeht.)

**zu 3.3 Bebauungsplan Nr. 171 "Michendorfer Chaussee (Am Schießplatz)",
Aufstellungsbeschluss
Vorlage: 20/SVV/1335**

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung
KUM, SBWL

(Erledigt durch Beschluss der Stadtverordnetenversammlung am 18.2.2021.)

zu 3.4 Bebauungsplan Nr. 170 "Klinik Bayrisches Haus" Aufstellungsbeschluss
Vorlage: 20/SVV/1336
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung
KUM, SBWL

(Erledigt durch Beschluss der Stadtverordnetenversammlung am 18.2.2021.)

zu 3.5 Änderung der Stellplatzsatzung
Vorlage: 19/SVV/1091
Einreicher: Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen
(Wiedervorlage)

Herr Dörschel bringt die neue Fassung vom 11.12.2020 ein und nimmt im ersten Satz folgende Änderung vor:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, **einen Entwurf für eine Änderung der** Stellplatzsatzung dahingehend **vorzulegen** ~~zu ändern~~, dass die Möglichkeit der Reduktion von notwendigen Stellplätzen gestärkt wird. Dabei sollen Bauherren mit einem geeigneten qualifizierten Mobilitätskonzept nachweisen können, wie die Anzahl notwendiger Stellplätze auf null reduziert werden kann. Dabei sollen vornehmlich Maßnahmen zum Einsatz kommen, die vom Bauherrn finanziert werden.

Die Verwaltung soll hierzu Vorgaben machen, welche Maßnahmen in ein qualifiziertes Mobilitätskonzept eingebracht werden können und welche Qualitätsstandards dabei einzuhalten sind. Zu den Maßnahmen gehören unter anderem über die Anzahl notwendiger Fahrrad-Abstellplätze hinausgehende Fahrrad- Abstellplätze, Abstellplätze für Sonderfahrräder (Lastenräder, Dreiräder, Fahrradanhänger), ÖV-Tickets für Beschäftigte oder Mieter, Mobilitätsfonds, Carsharing-Stellplätze und -Dienste, Vermietung von Lastenrädern und anderen Transporthilfen. Die Möglichkeit der Ablöse soll bestehen bleiben.

Für alle Nutzungsarten ist ein sinnvolles Verhältnis von Kfz-Stellplätzen und Fahrrad-Abstellplätzen vorzuschreiben, das den erwarteten Modal Split berücksichtigt. Eine Reduktion notwendiger Fahrrad- Abstellplätze soll nicht möglich sein.“

Herr Niehoff (Bereich Verkehrsentwicklung) bestätigt, dass die Verwaltung mit dieser Fassung mitgehen kann.

Herr Berlin ist mit der neuen Fassung nicht zufrieden. Er befürchtet „zugepflasterte“ Innenhöfe.

Herr Heuer warnt bei Beschluss dieser Fassung vor nicht erwünschten Folgen.

Herr Niehoff bekräftigt nochmals, dass hier keine Befreiung der Bauherren entsteht und erläutert nochmals detailliert das geplante System.

Frau Böhme gibt zu bedenken, dass bei allen Planungen auch Stellplätze für Pflegekräfte unbedingt mitgedacht werden müssen.

Der Vorsitzende stellt die geänderte neue Fassung des Antrags zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die neue Fassung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, **einen Entwurf für eine Änderung der die** Stellplatzsatzung dahingehend **vorzulegen**—zu—ändern, dass die Möglichkeit der Reduktion von notwendigen Stellplätzen gestärkt wird. Dabei sollen Bauherren mit einem geeigneten qualifizierten Mobilitätskonzept nachweisen können, wie die Anzahl notwendiger Stellplätze auf null reduziert werden kann. Dabei sollen vornehmlich Maßnahmen zum Einsatz kommen, die vom Bauherrn finanziert werden.

Die Verwaltung soll hierzu Vorgaben machen, welche Maßnahmen in ein qualifiziertes Mobilitätskonzept eingebracht werden können und welche Qualitätsstandards dabei einzuhalten sind. Zu den Maßnahmen gehören unter anderem über die Anzahl notwendiger Fahrrad-Abstellplätze hinausgehende Fahrrad- Abstellplätze, Abstellplätze für Sonderfahräder (Lastenräder, Dreiräder, Fahrradanhänger), ÖV-Tickets für Beschäftigte oder Mieter, Mobilitätsfonds, Carsharing-Stellplätze und -Dienste, Vermietung von Lastenrädern und anderen Transporthilfen. Die Möglichkeit der Ablöse soll bestehen bleiben.

Für alle Nutzungsarten ist ein sinnvolles Verhältnis von Kfz-Stellplätzen und Fahrrad-Abstellplätzen vorzuschreiben, das den erwarteten Modal Split berücksichtigt. Eine Reduktion notwendiger Fahrrad- Abstellplätze soll nicht möglich sein.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	4
Stimmenthaltung:	0

zu 3.6 Erarbeitung einer Vorgartensatzung

Vorlage: 20/SVV/1122

Einreicher: Fraktion DIE aNDERE

SBWL

(Wiedervorlage)

Herr Raschke bringt die neue Fassung des Antrags vom 18.1.2021 ein.

Frau Lange zieht den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 8.12.2020 zurück, sofern die neue Fassung angenommen wird.

Der Vorsitzende bringt die Fassung aus dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes vom 19.1.2021 ein:

„Die Stadtverordnetenversammlung Potsdam bekennt sich zu dem Ziel, generell Vorgärten zum überwiegenden Teil ihrer Fläche zu bepflanzen und nicht versiegeln zu lassen.

Sie beauftragt dazu den Oberbürgermeister, vorhandene Instrumente wie Bebauungspläne, Gestaltungssatzungen und Erhaltungssatzungen und ggf.

weitere andere geeignete Instrumente diesbezüglich zu nutzen. Weiterhin soll das Ziel der Begrünung von Vorgärten in der Öffentlichkeitsarbeit der Verwaltung beworben werden. Bei Bauvorbescheids- und Bauverfahren soll die Verwaltung Bauherren auf dieses Ziel hinweisen.“

Der Vorsitzende stellt den Ergänzungsantrag der Stadtverordneten Preschel u.a. vom 4.11.2020 zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis: mit 0:6:3 abgelehnt.

Der Vorsitzende stellt die Fassung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes vom 19.1.2021 zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die neue Fassung wie folgt zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung Potsdam bekennt sich zu dem Ziel, generell Vorgärten zum überwiegenden Teil ihrer Fläche zu bepflanzen und nicht versiegeln zu lassen.

Sie beauftragt dazu den Oberbürgermeister, vorhandene Instrumente wie Bebauungspläne, Gestaltungssatzungen und Erhaltungssatzungen und ggf. weitere andere geeignete Instrumente diesbezüglich zu nutzen. Weiterhin soll das Ziel der Begrünung von Vorgärten in der Öffentlichkeitsarbeit der Verwaltung beworben werden. Bei Bauvorbescheids- und Bauverfahren soll die Verwaltung Bauherren auf dieses Ziel hinweisen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	2

zu 3.7 Bioabfallvergärungsanlage

Vorlage: 20/SVV/1137

Einreicher: Fraktionen DIE LINKE und Bündnis90/Die Grünen

HA

(Wiedervorlage)

Frau Grochowski (Fachbereich Ordnung und Sicherheit) nimmt für die Verwaltung Stellung.

Herr Troche bringt den Änderungsantrag der SPD-Fraktion ein,

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die erforderlichen Schritte einzuleiten, um in Umsetzung des Abfallwirtschaftskonzepts der Landeshauptstadt Potsdam 2018 bis 2023 zügig die Voraussetzungen für den Bau einer Vergärungsanlage für **Potsdamer Bioabfälle in Potsdam** zu schaffen.

...“

der vom Antragsteller bereits in der Sitzung vom 19.11.2020 übernommen worden ist.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Ergänzungsantrag des Stadtverordneten Menzel v. 25.11.2020 zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis: mit 0:8:1 abgelehnt.

Der Vorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die erforderlichen Schritte einzuleiten, um in Umsetzung des Abfallwirtschaftskonzepts der Landeshauptstadt Potsdam 2018 bis 2023 zügig die Voraussetzungen für den Bau einer Vergärungsanlage für **Potsdamer Bioabfälle in Potsdam** zu schaffen. Als ein möglicher Standort ist das SAGO-Gelände zu prüfen.

Ziel ist es dabei, ausgehend von den Maßgaben des im vergangenen Jahr ausgerufenen Klimanotstands die gegenwärtig erforderlichen Transporte von Biomüll überflüssig zu machen und eine sinnvolle umweltfreundliche Verwertung zu sichern.

Der Oberbürgermeister wird weiterhin beauftragt, die Realisierung der Biovergärungsanlage zu einem Schwerpunkt der interkommunalen Zusammenarbeit zu machen und zumindest die Landkreise Potsdam-Mittelmark und Havelland sowie die Stadt Brandenburg an der Havel für eine Kooperation zu gewinnen.

Die Stadtverordnetenversammlung ist im Januar 2021 über den Stand der Vorbereitungen zu informieren.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 3.8 Sonnenschutz für Fußgänger an zentralen Plätzen
Vorlage: 20/SVV/1141
Einreicher: Fraktion DIE LINKE
SBWL

Frau Lange bringt den Antrag ein.

Der Vorsitzende stellt den Ergänzungsantrag der Stadtverordneten Preschel, Menzel, DIE PARTEI, und BVB/Freie Wähler vom 4.11.2020 zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis: mit 0:7:2 abgelehnt.

Der Vorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Vorgriff auf das noch ausstehende Konzept zum Hitzeschutz der Stadt Potsdam, erste Planungen für Sonnenschutzrichtungen an stark von Fußgängern frequentierten und zentralen Plätzen vorzustellen. Es sind für konkrete Standorte Vorschläge für Sonnensegel, Überdachungen oder Pflanzung von Schatten spendenden Bäumen vorzulegen.

Diesbezügliche Vorschläge sind der SVV bis spätestens März 2021 vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	4
Ablehnung:	4
Stimmenthaltung:	1

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag abzulehnen.

zu 3.9 Provisorischer Uferweg Speicherstadt

Vorlage: 20/SVV/1143

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Herr Berlin bringt den Antrag ein.

Herr Schenke (Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur) informiert, dass gegenwärtig mit dem Bau begonnen werde, sodass sich die Errichtung eines Provisoriums erübrigt. Die Fertigstellung wird für 2023 angesetzt.

Der Vorsitzende stellt den Antrag als durch Verwaltungshandeln erledigt zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen.

zu 3.10 Einrichten von Rechtsabbiegen an roten Ampeln mittels eines Grünpfeilschildes für Fahrradfahrer

Vorlage: 20/SVV/1173

Einreicher: Fraktion CDU

Herr Viehrig bringt den Antrag ein und schlägt einen neuen Termin zur Berichterstattung für September 2021 vor.

Herr Schenke (Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur) bittet um Verlängerung der Frist zur Berichterstattung auf Dezember 2021.

Herr Viehrig übernimmt den von Herrn Schenke erbetenen Termin.

Der Vorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das Einrichten von Rechtsabbiegen an roten Ampeln mittels eines Grünpfeilschildes in der Landeshauptstadt Potsdam umzusetzen. Dies geschieht unter der Maßgabe, dass die entsprechende Überarbeitung der Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zur Straßenverkehrsordnung die Einsatzkriterien für dieses Verkehrszeichen definieren. Über entsprechende Ergebnisse berichtet der Oberbürgermeister 03/2020 im **Dezember 2021** in der Stadtverordnetenversammlung.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen**.

zu 3.11 Ampelanlage für sehingeschränkte und blinde Menschen am bestehenden Straßenübergang Behlertstraße.

Vorlage: 20/SVV/1175

Einreicher: Fraktion CDU

KUM, GSWI

Herr Viehrig verzichtet auf eine Einbringung des Antrags und erkundigt sich bei der Verwaltung nach dem Sachstand.

Herr Schenke (Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur) teilt mit, dass an der Lichtsignalanlage (LSA) Treffpunkt Freizeit die geplanten Einrichtungen zur Blindensignalisierung (akustische und taktile Signalgeber) in Betrieb gegangen sind. Die Blindenleitplatten sind in diesem Zusammenhang nicht mitgebaut worden. Die Planung und Durchführung dieser Baumaßnahme im Gehwegbereich ist für das 1. Halbjahr 2021 vorgesehen.

Für den LSA gesteuerten Knoten Behlertstraße / Gotische Bibliothek wird im Rahmen der Baumaßnahme „Behlertstraße“ die Machbarkeit für Blindenleitstreifen geprüft.

Eine Berichterstattung im hiesigen Ausschuss kann im September 2021 erfolgen.

Herr Viehrig erklärt den Antrag für durch Verwaltungshandeln erledigt, wenn eine Berichterstattung, wie von Herrn Schenke vorgeschlagen, vorgenommen wird.

Herr Heuer verdeutlicht nochmals, dass alle Ampeln entsprechend ausgestattet sein sollten.

Herr Schenke bietet an, die o.g. Berichterstattung um die Fragen, wo wir stehen und was noch zu tun ist entsprechend zu erweitern.

Herr Spade fordert bei dieser Betrachtung, Fahrradfahrern und Fußgängern eine Priorisierung einzuräumen.

Auf Nachfrage von Herrn Dörschel zum weiteren Umgang mit Anträgen, die in allen behandelnden Ausschüssen nur zur Kenntnis genommen oder als durch Verwaltungshandeln erledigt erklärt werden, informiert Herr Heuer, dass zu diesen im Ältestenrat nochmals eine Abfrage erfolgt. Wenn das Votum aus den Ausschüssen bestätigt wird, geht der Antrag nicht mehr in die Stadtverordnetenversammlung.

Der Vorsitzende stellt den Antrag als durch Verwaltungshandeln erledigt zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	8
Ablehnung:	0
Stimmhaltung:	1

zu 3.12 Ausbau der Fahrradständer in Babelsberg

Vorlage: 20/SVV/1183

Einreicher: Fraktionen DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/Die Grünen

Herr Berlin bringt den Antrag ein.

Herr Niehoff (Bereich Verkehrsentwicklung) empfiehlt die Annahme des Antrags, allerdings mit angepasster Frist zur Berichterstattung. Er schlägt Mai 2021 vor.

Herr Berlin übernimmt den Termin Mai 2021 für die Berichterstattung im hiesigen Ausschuss.

Der Vorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt mitzuteilen, wie, wann und wo der Ausbau von öffentlichen Fahrradstellplätzen (Fahrradbügel) am Ein-/Ausgang S-Bahnhof Babelsberg Richtung Kopernikusstraße zügig vorangetrieben werden kann und welche Schritte dafür notwendig sind.

Dem Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität ist im ~~Februar 2021~~ **Mai 2021** zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 1

zu 3.13 Verkehrssicherheit Georg-Hermann-Allee

Vorlage: 20/SVV/1206

Einreicher: Fraktion DIE aNDERE

Herr Raschke bringt den Antrag ein.

Herr Schenke (Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur) teilt mit, dass das Prüfergebnis im Mai 2021 im hiesigen Ausschuss vorgestellt werden kann.

Herr Raschke übernimmt die Anpassung der Frist zur Berichterstattung, die im Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität vorgenommen wird.

Der Vorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, welche Maßnahmen im Kreuzungsbereich Georg-Hermann-Allee/Esplanade zur Erhöhung der Verkehrssicherheit ergriffen werden können. Insbesondere soll geprüft werden

- wie die bereits ausgewiesene Tempo 30-Zone deutlicher wahrnehmbar gestaltet werden kann (z.B. Piktogramme auf der Fahrbahn oder Zusatzbeschilderung „Achtung Schulkinder!“) und
- ob die Kennzeichnung eines Fußgängerüberweges oder einer Fußgängerampel möglich ist.

Das Prüfergebnis soll **dem Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität** ~~den~~ Stadtverordneten im ~~März~~ **Mai** 2021 vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 1

zu 3.14 Einrichtung einer Fahrradstaffel des Ordnungsamtes

Vorlage: 20/SVV/1216

Einreicher: Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke OS, FA

Herr Dörschel bringt die neue Fassung des Antrags ein.

Frau Grochowski (Fachbereich Ordnung und Sicherheit) nimmt für die Verwaltung Stellung. Sie betont, dass die fiskalischen Folgen nicht unterschätzt werden dürfen.

Der Vorsitzende stellt die neue Fassung des Antrags zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die neue Fassung wie folgt zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich für die Einführung einer Fahrradstaffel des Ordnungsamtes aus, die die Freihaltung der Rad- und Fußwege kontrolliert und sichert.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt darzulegen, wie und mit welchem Personal- und Kostenaufwand dies umgesetzt werden kann, sowie darzulegen, in welchem Zeitrahmen die Einführung einer Fahrradstaffel möglich ist.

Die Stadtverordnetenversammlung ist im Zusammenhang mit der nächsten Haushaltsberatung, spätestens aber bis März 2021 Bericht zu erstatten.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen**.

zu 3.15 Werkstattverfahren "Autofreie Innenstadt"

Vorlage: 20/SVV/1268

Einreicher: Fraktion Freie Demokraten

Der Vorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Vor Eröffnung des Werkstattverfahrens „Autofreie Innenstadt“ sowie vor der Durchführung vorgezogener Maßnahmen zu diesem Ziel sind aktuelle Verkehrsdaten zu erheben, damit das Werkstattverfahren auf einer qualifizierten Datengrundlage aufgebaut werden kann.

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, einen entsprechenden Auftrag erteilen zu lassen und die Eröffnung des Werkstattverfahrens bis zur Vorlage aktueller Daten aufzuschieben.

Abstimmungsergebnis:
Zustimmung: **2**
Ablehnung: **5**
Stimmenthaltung: **2**

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag abzulehnen.

zu 3.16 Sanierung Gehweg Amundsenstraße
Vorlage: 20/SVV/1275
Einreicher: Fraktion SPD
SBWL

Herr Troche bringt den Antrag ein.

Herr Schenke (Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur) nimmt für die Verwaltung Stellung und teilt mit, dass eine Berichterstattung im hiesigen Ausschuss im September 2021 möglich wäre.

Herr Viehrig hält den Antrag für durch Verwaltungshandeln erledigt, was Herr Troche für den Antragsteller übernimmt.

Der Vorsitzende stellt den Antrag als durch Verwaltungshandeln erledigt zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	8
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

zu 3.17 Mängel an der Skateanlage Caputher Heuweg beheben
Vorlage: 20/SVV/1276
Einreicher: Fraktionen DIE LINKE und SPD
B/Sp., JHA

Frau Lange bringt den Antrag ein.

Frau Lippert (Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen) nimmt für die Verwaltung Stellung und bezieht sich dabei auf die im Jugendhilfeausschuss empfohlene Fassung, die sie ebenfalls unterstützt.

Der Vorsitzende stellt den geänderten Antrag (Fassung aus dem Jugendhilfeausschuss vom 26.11.2020) zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die Potsdamer Stadtverordnetenversammlung fordert den Oberbürgermeister auf:

1. Die Lichtenanlage an der Skateanlage schnellstmöglich zu reparieren und deren Funktionalität dauerhaft sicherzustellen.
2. Gemeinsam mit den BMXler_innen und Skater_innen, sowie den

- Streetworkern von Wildwuchs die Mängel an der Anlage zu begutachten und beheben zu lassen.
3. ~~Zu prüfen, ob und an welchen Stellen der Bau von Teilüberdachungen der Skateanlage bzw. der angrenzenden Sitzmöglichkeiten realisierbar ist.~~ **Im Zuge der notwendigen Verlagerung der Anlage wegen des geplanten Schulneubaus ein Konzept für den Ersatzstandort gemeinsam mit den Nutzerinnen und Nutzern zu erarbeiten und dabei auch eine Überdachung bzw. Teilüberdachung zu prüfen.**
 4. **Dafür Sorge zu tragen, dass die Ersatzanlage mit dem Beginn der Bauarbeiten der Schule und der damit verbundenen Schließung der Bestandsanlage am Standort bereitsteht.**

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	8
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

zu 3.18 Abstellen von Autos in Kreuzungsbereichen, Einmündungen und vor Bordsteinabsenkungen verhindern

Vorlage: 20/SVV/1277

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
OS

Herr Dörschel bringt die neue Fassung ein.

Frau Grochowski (Fachbereich Ordnung und Sicherheit) führt aus, dass die Darstellung als Konzept hier nicht zielführend ist, da dies als pflichtiger Arbeitsauftrag der Verwaltung ohnehin zwangsläufig zu deren Aufgaben gehört. Das müsse lediglich konsequent durchgeführt werden, was aktuell aufgrund des Pandemiegeschehens nicht möglich ist, weil die Mitarbeiter, zum Teil bis zu einhundert Prozent, mit der Kontrolle der Einhaltung der Corona-Eindämmungsmaßnahmen ausgelastet sind. Zudem sei das Wort Gefahrenstelle redaktionell anzupassen in gefährdende Situationen.

Herr Schenke (Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur) nimmt ergänzend für die Verwaltung Stellung.

Herr Viehrig stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, den Antrag als durch Verwaltungshandeln erledigt zu erklären, da es sich hier um eine Pflichtaufgabe der Verwaltung handelt, die auch ohne gesonderten Beschluss der Stadtverordnetenversammlung durchgeführt wird.

Für den Geschäftsordnungsantrag spricht niemand.
Gegen den Geschäftsordnungsantrag spricht Herr Dörschel.

Abstimmungsergebnis: mit 2:6:1 abgelehnt.

Herr Troche betont, dass der Fokus auf das gesamte Stadtgebiet zu legen sei.

Frau Thiel führt aus, dass derart falsch geparkte Autos für Menschen mit einer Sehbeeinträchtigung überaus gefährlich werden können. Sie verweist auf Berlin, wo entsprechende Poller auf der Straße – und nicht auf dem Gehweg – installiert seien, damit auch wirklich nicht widerrechtlich geparkt werden kann. Dies empfiehlt sie auch für Potsdam.

Der Vorsitzende stellt die neue Fassung des Antrags zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die neue Fassung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, darzustellen, wie die Verwaltung das Umsetzen der StVO insbesondere bei Verstößen gegen § 12 Abs. 3 StVO, konsequenter durchsetzen wird. Dazu ist dem KUM im Juni 2021 ein Konzept dazu vorzustellen.

Aus den Erfahrungen des Ordnungsamtes im Verlauf des Jahres 2021 sind die wichtigsten Gefahrenstellen im Stadtgebiet zu dokumentieren und für diese physischen Maßnahmen wie Poller oder farbliche Kennzeichnung zu prüfen. Das Ergebnis ist dem KUM im März 2022 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	2
Stimmenthaltung:	1

zu 3.19 Wiederherstellung der Sichtbeziehungen an der Neustädter Havelbucht
Vorlage: 20/SVV/1281
Einreicher: Fraktion CDU
SBWL

Herr Viehrig erläutert, dass im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raums am 24.11.2020 durch die Verwaltung berichtet wurde, dass die geforderten Maßnahmen bereits vollzogen worden sind. Daher kann der Antrag als durch Verwaltungshandeln erledigt erklärt werden.

Der Vorsitzende stellt den Antrag als durch Verwaltungshandeln erledigt zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen**.

zu 3.20 Verkehrssicherheit in der Innenstadt erhöhen
Vorlage: 20/SVV/1284

Einreicher: Fraktion Freie Demokraten

Der Vorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Sinne der Erhöhung der Verkehrssicherheit an häufig befahrenen Straßen in der Innenstadt folgende Maßnahme umzusetzen:

An den Kreuzungsstellen des Fuß-/Radweges in der Hegelallee mit der Dortustraße sowie der Hermann-Elflein-Straße sind Fußgängerüberwege einzurichten, um Fußgängern und Radfahrern Vorrang einzuräumen und ihnen ein gefahrloses Überqueren der Fahrbahn zu erleichtern.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	1
Ablehnung:	7
Stimmhaltung:	1

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag abzulehnen.

zu 3.21 Fahrradparkhäuser an P&R-Parkplätzen

Vorlage: 20/SVV/1286

Einreicher: Fraktion Freie Demokraten
SBWL

Herr Niehoff (Bereich Verkehrsentwicklung) erläutert, dass die Verwaltung in der Vergangenheit bereits mit ähnlichen Untersuchungen beauftragt worden ist, sodass die hier geforderte dort mit aufgenommen werden kann.

Allerdings bittet er, für alle ähnlich gelagerten Prüfungen den Termin zur Berichterstattung nach hinten zu verschieben. Aufgrund der Pandemie würden jetzige Erhebungen zu unrealistischen und damit nicht verwendbaren Zahlen führen. Ein Zwischenbericht könne im 4. Quartal 2021 gegeben werden. Eine Erhebung ist vom Pandemiegeschehen abhängig, sei aber für den Zeitraum August/ September denkbar. Endgültige Ergebnisse erwartet Herr Niehoff erst in 2022.

Herr Raschke regt an, auch den S-Bahnhof Babelsberg und ähnliche Knotenpunkte in die Prüfung einzubeziehen.

Herr Heuer empfiehlt die Fassung aus dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes (SBWL) vom 8.12.2020, der den Antrag geändert beschlossen hat:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Bau von Fahrradparkhäusern an Park & Ride-Parkplätzen am Stadtrand zu prüfen. Darüber hinaus ist eine Errichtung im Baukastenprinzip zu prüfen, um eine flexible und unkomplizierte Erweiterung der Kapazitäten zu ermöglichen.

Das Prüfergebnis ist in den Ausschüssen Klima, Umwelt und Mobilität sowie Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes im 4. Quartal 2021 vorzustellen.“

Der Vorsitzende stellt den geänderten Antrag (Fassung aus dem SBWL vom 8.12.2020) zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Bau von Fahrradparkhäusern an Park & Ride-Parkplätzen am Stadtrand zu prüfen. Darüber hinaus ist eine Errichtung im Baukastenprinzip zu prüfen, um eine flexible und unkomplizierte Erweiterung der Kapazitäten zu ermöglichen.

Das Prüfergebnis ist in den Ausschüssen Klima, Umwelt und Mobilität sowie Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes im 4. Quartal 2021 vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 3.22 **Kreuzungsbereiche sicherer gestalten - Phänomen "Toter Winkel"**

Vorlage: 20/SVV/1287

Einreicher: Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE

Herr Troche bringt den Antrag ein.

Herr Schenke (Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur) erläutert, dass hier Abbiegeassistenten zielführender seien, Spiegel hingegen an dieser Stelle wenig hilfreich.

Im Antragstext sollte deswegen das Wort „insbesondere“ eingefügt werden, damit auch andere Maßnahmen geprüft werden:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob und wie in der bevorstehenden Fortschreibung des Schulwegsicherungskonzeptes 2018 im Punkt 2 Schulwegsicherung, Unterpunkt 2.1.2. Verkehrsregelung im Schulumfeld, im gemeinsamen verantwortlichen Vorgehen gegen Abbiegeunfälle, **insbesondere** der Prüfpunkt „Einführung sogenannter TRIXIE-Spiegel“ (Spiegel Einblick „Toter Winkel“) in allen Kreuzungsbereichen im unmittelbaren Umfeld von Potsdamer Schulen, montiert werden können!“

Dieser Vorschlag wird vom Antragsteller übernommen.

Der Vorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob und wie in der bevorstehenden Fortschreibung des Schulwegsicherungskonzeptes 2018 im Punkt 2 Schulwegsicherung, Unterpunkt 2.1.2. Verkehrsregelung im Schulumfeld, im gemeinsamen verantwortlichen Vorgehen gegen Abbiegeunfälle, **insbesondere** der Prüfpunkt „Einführung sogenannter TRIXIE-Spiegel“ (Spiegel Einblick „Toter Winkel“) in allen Kreuzungsbereichen im unmittelbaren Umfeld von Potsdamer Schulen, montiert werden können!

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

zu 3.23 Auswirkungen des wachsenden Nordens im Hinblick auf Grundwasserverbrauch, deren Reserven und dem stetig wachsenden Verkehr analysieren

Vorlage: 20/SVV/1345

Einreicher: Ortsbeirat Grube

Herr Schenke (Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur) nimmt Stellung für die Verwaltung und sieht den Antrag als durch Verwaltungshandeln erledigt, weil der Forderung bereits nachgekommen wird.

Es erfolgt eine kurze Debatte über die Frage, ob auch der Ergänzungsantrag des Stadtverordneten Menzel durch Verwaltungshandeln zu betrachten ist.

Im Ergebnis stellt der Vorsitzende den Ergänzungsantrag des Stadtverordneten Menzel als durch Verwaltungshandeln erledigt zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mit 4:2:1 angenommen.

Der Vorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Auswirkungen eines stetig wachsenden Potsdamer Nordens im Hinblick auf Grundwasserverbrauch, deren Reserven und dem stetig wachsenden Verkehr zu analysieren sowie eine Aussage zu treffen, wieviel Bevölkerungszuzug/ Wachstum verträgt der Potsdamer Norden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	0
Ablehnung:	4
Stimmenthaltung:	4

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag abzulehnen.

zu 3.24 Verlegung der Buslinien 696 und 699 zur besseren Anbindung von Drewitz und Kirchsteigfeld

Vorlage: 20/SVV/1361

Einreicher: Fraktion CDU

Herr Viehrig bringt den Antrag ein.

Herr Niehoff (Bereich Verkehrsentwicklung) teilt mit, dass eine Prüfung durchführbar ist, mit einer Berichterstattung voraussichtlich im August 2021.

Der Vorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob eine alternative Führung der Buslinien 696 und 699 durch die Verkehrsbetrieb Potsdam GmbH - wie in der Anlage 1 aufgezeigt - umsetzbar ist.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen**.

zu 3.25 Verkehrssicherheit an Haltestellen

Vorlage: 20/SVV/1407

Einreicher: Fraktion Freie Demokraten

Frau Lentz weist in diesem Zusammenhang auf bestimmte Haltestellen hin, an denen es ihrer Erfahrung nach regelmäßig zu gefährlichen Situationen kommt. Sie ist sich jedoch unsicher, ob die hier vorgeschlagenen Maßnahmen tatsächlich helfen würden.

Herr Schenke (Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur) nimmt für die Verwaltung Stellung und teilt mit, dass sogenannte Haltestellen in Mittellage bereits mehrfach explizit auf ihre Sicherheit hin untersucht wurden, letztmalig 2018. Alle Untersuchungen haben ergeben, dass es sowohl aus der polizeilichen Unfallstatistik als auch aus Beobachtungen keine Unfallauffälligkeiten gibt. Dennoch werden kleinteilige verkehrsorganisatorische Maßnahmen vorgeschlagen, die sukzessive realisiert werden. Dies kann beispielsweise die Verlängerung der vorhandenen Sperrfläche sein.

Herr Spade bezieht sich auf den Antrag und schlägt eine dritte Variante vor, wonach die Fahrzeuge (Bus, Tram) selbst am Heck mit einer entsprechenden Kennzeichnung versehen werden sollen.

Der Vorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zur Erhöhung der Verkehrssicherheit an Haltestellen von Bussen und Straßenbahnen, die sich auf Fahrbahnen befinden, folgende Maßnahmen zu prüfen:

1. Anbringung von Fahrbahnmarkierungen
2. Einrichtung von Lichtsignalanlagen

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	1
Ablehnung:	3
Stimmenthaltung:	4

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag abzulehnen.

zu 3.26 Prüfergebnisse November 2020 zum Beschluss "Potsdam erklärt den Klimanotstand"

Vorlage: 20/SVV/1191

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen (Mitteilungsvorlage)

Die Tagesordnungspunkte 3.26 und 3.27 werden gemeinsam behandelt.

Frau Lippert (Koordinierungsstelle Klimaschutz) bringt die Vorlagen ein.

Herr Raschke hat eine Nachfrage zum Stand des geplanten Klimachecks in Vorlagen.

Frau Lippert führt ausführlich zum geplanten Tool aus und kündigt an, den Stadtverordneten voraussichtlich im Mai dieses Jahres einen Vorschlag zum Klimacheck in Form einer Vorlage unterbreiten zu können.

Herr Walter erkundigt sich, wie sicher der bezüglich der Dekarbonisierung in Aussicht gestellte Termin ist.

Herr Rubelt führt aus, dass es nicht möglich ist, zu sagen, wann das Ziel erreicht sein wird, vor allem weil Potsdam eine wachsende Stadt ist, in der viele andere Dinge auch zu verfolgen sind.

Frau Heabel führt detailliert zur Dekarbonisierungsstrategie aus. Die Zielsetzung der Energie und Wasser Potsdam GmbH (EWP) sei nach wie vor 2050. Wie

realistisch dieser Termin tatsächlich ist, ist durchaus kritisch zu betrachten.

Nach weiterer Debatte nimmt der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität die Mitteilungsvorlage 20/SVV/1191 zur Kenntnis.

- zu 3.27 Klimanotstand - 2. Aktionsplan zum Masterplan 100% Klimaschutz bis 2050**
Vorlage: 20/SVV/1266
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen
(Mitteilungsvorlage)

Debatte siehe Tagesordnungspunkt 3.26.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität nimmt die Mitteilungsvorlage 20/SVV/1266 zur Kenntnis.

- zu 3.28 Maßnahmen zur Luftreinhaltung in der Zeppelinstraße**
Vorlage: 20/SVV/1260
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur
(Mitteilungsvorlage)

Herr Niehoff (Bereich Verkehrsentwicklung) bringt die Vorlage ein.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität nimmt die Mitteilungsvorlage 20/SVV/1260 zur Kenntnis.

- zu 3.29 Bessere ÖPNV-Anbindung für die Schiffbauergasse**
Vorlage: 20/SVV/1293
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur
(Mitteilungsvorlage)

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität nimmt die Mitteilungsvorlage 20/SVV/1293 zur Kenntnis.

- zu 3.30 Fähre 1 Kiewitt - Hermannswerder**
Vorlage: 20/SVV/1294
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur
(Mitteilungsvorlage)

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität nimmt die Mitteilungsvorlage 20/SVV/1294 zur Kenntnis.

- zu 3.31 Radfahrer/innen schützen in der R.-Breitscheid-Straße**
Vorlage: 20/SVV/1295
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur
(Mitteilungsvorlage)

Herr Raschke erkundigt sich zur Verwendung sogenannter Schienengummis.

Herr Niehoff (Bereich Verkehrsentwicklung) informiert, dass das bereits geprüft worden sei. Bei dem im Stadtgebiet der Landeshauptstadt Potsdam verwendeten Schienenprofil ist der Einsatz von Schienengummis nicht möglich, weil beide nicht kompatibel sind.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität nimmt die Mitteilungsvorlage 20/SVV/1295 zur Kenntnis.

zu 3.32 Bürgerhaushalt 2015/16 - Rechenschaftsbericht

Vorlage: 20/SVV/1393

Einreicher: Oberbürgermeister, Steuerungsunterstützung
(Mitteilungsvorlage)

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität nimmt die Mitteilungsvorlage 20/SVV/1393 zur Kenntnis.

zu 3.33 Bürgerhaushalt 2017 - Rechenschaftsbericht

Vorlage: 20/SVV/1394

Einreicher: Oberbürgermeister, Steuerungsunterstützung
(Mitteilungsvorlage)

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität nimmt die Mitteilungsvorlage 20/SVV/1394 zur Kenntnis.

zu 3.34 Freie Fahrt im ÖPNV für die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr

Vorlage: 20/SVV/1445

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Feuerwehr
(Mitteilungsvorlage)

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität nimmt die Mitteilungsvorlage 20/SVV/1445 zur Kenntnis.

zu 3.35 Prioritäten für Bahnunterführungen

Vorlage: 20/SVV/1446

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur
(Mitteilungsvorlage)

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität nimmt die Mitteilungsvorlage 20/SVV/1446 zur Kenntnis.

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

(Ausreichung erfolgt schriftlich)

zu 4.1 Berichterstattung zur Durchquerung des Quartiers zwischen Kirschallee und Habichtweg

(gem. Beschluss zur DS 19/SVV/0912)

Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur

(erfolgte schriftlich per Mail an die Mitglieder am 24.2.2021 – siehe Anlage zur

Niederschrift)

Herr Viehrig bezieht sich auf das mitgesandte Bild und die dort u.a. verzeichnete Privatstraße. Er erkundigt sich, ob dieser Fakt bei den Planungen Berücksichtigung gefunden hat.

Herr Schenke informiert, dass die Landeshauptstadt für die genannte Privatstraße ein Wegerecht eingeräumt bekommen hat. Entsprechende Verkehrszeichen würden aber nochmals geprüft.

Herr Viehrig bittet um Rücksprache mit den Anwohnern.

**zu 4.2 Berichterstattung (Zwischenbericht) zum Schutz des Fahrländer Sees
(gem. Beschluss zur DS 20/SVV/0828)**

Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen

(erfolgte schriftlich per Mail an die Mitglieder am 24.2.2021 – siehe Anlage zur Niederschrift)

**zu 4.3 Berichterstattung zur Entlastung des Verkehrs durch die Nutzung von
Wasserwegen
(gem. Beschluss 29/SVV/0835)**

Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur

(erfolgte schriftlich per Mail an die Mitglieder am 24.2.2021 – siehe Anlage zur Niederschrift)

**zu 4.4 Berichterstattung zur Ladeinfrastruktur für E-Autos in der
Landeshauptstadt Potsdam
(gem. Beschluss zur DS 20/SVV/1019)**

Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur

(erfolgte schriftlich per Mail an die Mitglieder am 24.2.2021 – siehe Anlage zur Niederschrift)

**zu 4.5 Berichterstattung zu Temporäre Spielstraßen einrichten
(gem. Beschluss zur DS 20/SVV/0863)**

Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur

(erfolgte schriftlich per Mail an die Mitglieder am 24.2.2021 – siehe Anlage zur Niederschrift)

zu 5 Sonstiges

Nichts.

Andreas Walter
Ausschussvorsitzender

Franziska Anhoff
Niederschrift